



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR BAUTEN UND TECHNIK

Geschäftszahl 15.203/2-105/86

An das
Bundesministerium für öffentl.
Wirtschaft und Verkehr
Sektion II

Radetzkystraße 2
1031 Wien

1011 Wien, Stubenring 1

Telefon 0222/7500

Name des Sachbearbeiters:

MR. Dr. Schwarzer
Klappe 5078 Durchwahl
Fernschreib-Nr. 111145, 111780

Bitte in der Antwort die
Geschäftszahl dieses
Schreibens anführen.

Dringend !

Betr.: Entwurf eines Eisenbahnbe-
förderungsgesetzes (EBG (Neu-
fassung der Eisenbahn-Verkehrs-
ordnung);

Stellungnahme

zu Zl. EB 2663-6II/2-1986 vom 1.4.1986

| | |
|-----------|---------------|
| Betrifft | GESETZENTWURF |
| Zl. | 31 -GE 9 86 |
| Datum: | 17. JUNI 1986 |
| Verteilt: | 20. JUNI 1986 |

H. Klausgruber

Zur angeführten Note teilen wir mit, daß der Entwurf einer Neu-
fassung der Eisenbahn-Verkehrsordnung aus unserer Sicht zu
folgenden Bemerkungen Anlaß gibt:

Zu § 56 Abs. 1:

Die Entwurfsbestimmungen betreffen auch den Transport von ver-
dichteten, verflüssigten und unter Druck gelösten Gasen (RID,
Klasse 2). Versandbehälter für diese Stoffe und deren Befüllung
unterliegen den Bestimmungen der mit dem RID harmonisierten
Dampfkesselverordnung (DKV), BGBl.Nr. 83/1948 i.g.F. Ausnahmen
von diesen Bestimmungen sind daher vom Bundesminister für
Bauten und Technik zu erlassen. Demgemäß hätte der letzte Satz
des § 56 Abs. 1 lit. a zu lauten:

"Die Eisenbahn kann erleichternde Bestimmungen im Tarif fest-
setzen, die vom Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und
Verkehr, für Güter der Klasse 2 vom Bundesminister für Bauten
und Technik zu genehmigen sind; § 2 Abs. 3 gilt sinngemäß,"

./.

Zu § 66 Abs. 2:

Stoffe der Klasse 2 werden in der Regel durch Umfüllvorgänge verladen, wobei Umfüllvorgänge von Flüssiggas (Propan, Butan) aus Kesselwagen in Straßenfahrzeugtanks den Bestimmungen des § 36a DKV unterliegen. Die Bestimmung sollte daher lauten: "Die Eisenbahn kann Bestimmungen über das Verladen der Güter im Tarif festsetzen, soferne die Anlage I zum Anhang B zum Übereinkommen über den internationalen Eisenbahnverkehr in der jeweils geltenden Fassung oder die nach § 56 Abs. 1 lit.a und b im Tarif festgesetzten Bestimmungen oder die Bestimmungen für Füllstellen der Dampfkesselverordnung (DKV), BGBl.Nr. 83/1948 in jeweils geltender Fassung, besondere Verladeweisen nicht vorschreiben."

Zu § 115 Abs. 2:

Entsprechend den obigen Ausführungen sollte festgehalten werden, daß durch das im Entwurf vorliegende Bundesgesetz auch Art. 48 des Verwaltungsentlastungsgesetzes, BGBl.Nr. 227/1925, insbesondere die auf dessen Grundlage ergangene Dampfkesselverordnung, BGBl.Nr. 83/1948, nicht berührt wird.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme übermitteln wir wunschgemäß dem Präsidium des Nationalrates.

Wien, am 9. Juni 1986

Für den Bundesminister:

Dr. Schuberth

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

